



HESSISCHER LANDTAG

31. 10. 2024

DDA

Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Insolvenzverfahren der Breitband Nordhessen GmbH – Was unternimmt die Landesregierung?

Im Januar 2024 hat der Glasfaser-Infrastrukturbetreiber Breitband Nordhessen GmbH (BNG) einen Antrag auf Eigenverwaltung beim Amtsgericht Kassel gestellt. Das Gericht hat am 17. Januar 2024 dem Antrag zugestimmt und ein vorläufiges Insolvenzverfahren in Eigenverantwortung angeordnet. Die BNG wurde im Februar 2014 von den fünf nordhessischen Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Werra-Meißner gegründet. Der BNG gehören rund 2.200 Kilometer Glasfasernetz mit 1.400 Verteilerkästen in den beteiligten Landkreisen. Die Landkreise haben die BNG gegründet, weil sich der Glasfaserausbau im ländlichen Raum für private Anbieter häufig nicht rechnet.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Digitales und Datenschutz (DDA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welchen Stand hat das Insolvenzverfahren der BNG?
2. Erwartet die Landesregierung die Liquidation der Gesellschaft?
3. Falls nein: Welche Sanierungsperspektiven bestehen?
4. Sind auch Darlehen aus der Landessphäre von dem Insolvenzverfahren betroffen?
5. Falls ja: In welchem Umfang?
6. In welcher Höhe valutieren Rückzahlungsansprüche der landeseigenen WI-Bank gegenüber der BNG?
7. Zu welchem Anteil erfüllt die BNG derzeit den Kapitaldienst gegenüber der WI-Bank?
8. Welche Vereinbarung wurde ggf. mit der BNG hinsichtlich der Tilgungs- und Zinsansprüche der WI-Bank getroffen?
9. Wie lange ist die WI-Bank bereit, auf den vollständigen Kapitaldienst zu verzichten?
10. Trifft es zu, dass das Land Hessen im Falle des Forderungsausfalls der BNG mit einer Landesbürgschaft haftet?
11. Welche Risikoeinschätzung hat die Landesregierung im Hinblick auf die Inanspruchnahme auf die zur Absicherung gegebene Landesbürgschaft?
12. Bis zu welchem Umfang beabsichtigt die Landesregierung, einem Schuldenschnitt gegenüber der BNG zuzustimmen?
13. Welche konkreten Anstrengungen wurden seitens der BNG im Hinblick auf eine Sanierung unternommen und wie werden sie durch die Landesregierung gefördert und unterstützt?
14. Sind von Seiten der Landesregierung weitere Unterstützungsmaßnahmen für die BNG geplant?
15. Falls ja: Welche Maßnahmen und in welchem finanziellen Umfang sind diese geplant?
16. Falls nein: Weshalb nicht?

17. Welche Auswirkungen aus Sicht der Landesregierung hat das Insolvenzverfahren der BNG auf die Gesellschafteranteile der Landkreise?
18. Welche Auswirkungen hat aus Sicht der Landesregierung das Insolvenzverfahren auf den Betrieb der Glasfaserinfrastruktur in Nordhessen?
 - a) Ist die Versorgungssicherheit der Haushalte der Verbraucherinnen und Verbraucher, von öffentlichen Einrichtungen sowie von Gewerbetreibenden gewährleistet?
 - b) Werden die Leistungen im vollen Umfang erbracht oder sind Einschränkungen für die Kundinnen und Kunden zu erwarten?
19. Kann bei der zukünftigen Erschließung von Gebäuden durch Drittanbieter auf das Netz der BNG zurückgegriffen werden oder muss hier ein komplett neues Leitungsnetz aufgebaut werden?
20. Gibt es Verhandlungen mit Dritten, um das Netz anteilig oder vollständig zu verkaufen?
21. Welche Auswirkungen hat aus Sicht der Landesregierung das Insolvenzverfahren auf den Glasfaserausbau in Nordhessen?
 - a) Sind die Ausbauziele gefährdet?
 - b) Falls die Ausbauziele gefährdet sind: Welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Ziele doch noch zu erreichen?
 - c) Wie viele Privathaushalte in Nordhessen verfügen aktuell über einen Glasfaser-Internetanschluss?
 - d) Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Privathaushalte in Nordhessen, die aktuell über einen Glasfaseranschluss verfügen?
24. Wie viele Privathaushalte in ganz Hessen verfügen aktuell über einen Glasfaser-Internetanschluss?
 - a) Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Privathaushalte in Hessen, die aktuell über einen Glasfaseranschluss verfügen?
23. Wird die Landesregierung das Ziel einer flächendeckenden Glasfaserversorgung aller Haushalte in Hessen bis spätestens Ende 2030 erreichen?

Wiesbaden, 31. Oktober 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke